

Ersteinst
wöchentlich einmal
in
Zürich (Schweiz)
Verlag
Wolfsbuchhandlung
Kottlingen-Zürich.
Ankündigungen
franco gegen franco.
Gewöhnliche Briefe
nach der Schweiz sollen
Doppelporto.

Der Sozialdemokrat

Abonnements
wird nur beim Verlag und
dessen bekannten Agenten ent-
gegengenommen und zwar zum
voraus zahlbaren
Wertejahrespreis von:
Fr. 2.— für die Schweiz (Kreuzbank)
Fr. 3.— für Deutschland (Goubert)
Fr. 1. 70 für Österreich (Goubert)
Fr. 2.00 für alle übrigen Länder des
Weltpostvereins (Kreuzbank)

Inserate
Die dreizehnhundert fünfzig
25 Bl. — 20 Wfg.

Zentral-Organ der deutschen Sozialdemokratie

Nr. 42.

Donnerstag, 12. Oktober.

1882.

Wie an die Abonnenten und Korrespondenten des „Sozialdemokrat“.

Da der „Sozialdemokrat“ sowohl in Deutschland als auch in Österreich verboten ist, bezw. verfolgt wird, und die dortigen Behörden sich alle Mühe geben, unsere Verbindungen nach jenen Ländern möglichst zu erschweren, resp. Briefe von dort an uns und unsere Zeitungs- und sonstigen Sendungen nach dort abzufangen, so ist die äußerste Vorsicht im Postverkehr notwendig und darf keine Rücksichtnahme verkannt werden, die Briefmarken über den wahren Absender und Empfänger, sowie den Inhalt der Sendungen zu täuschen, und letztere dadurch zu schützen. Hauptforderung ist hierzu einerseits, daß unsere Freunde so selten

als möglich an den „Sozialdemokrat“, resp. dessen Verlag selbst adressieren, sondern sich möglichst an irgend eine unerschütterliche Adresse außerhalb Deutschlands und Österreichs wenden, welche sich dann mit uns in Verbindung setzt; andererseits aber, daß auch uns möglichst unerschütterliche Jahreszahlenscheine mitgeteilt werden. In zweifelhaften Fällen empfiehlt sich behufs größter Sicherheit Namensänderung. Soweit es an uns liegt, werden wir gewiß weder Mühe noch Kosten scheuen, um trotz aller entgegengesetzten Schwierigkeiten den „Sozialdemokrat“ unseren Abonnenten möglichst regelmäßig zu liefern.

Parteienoffen! Vergesst der Verfolgten und Gemäßigten nicht!

Fonds zur Unterstützung der Opfer des Sozialistengesetzes.

Im August gingen ein:
Wien 75,11. Spremberg 18,—, Lobtau 10,—, Rall 6,—,
Köln 21,05. Herford 11,50. Hamburg 210,—, Blauen i. B. 7,80.
Mittweida 17,—, Halle 15,—, Greiz 30,—, Eisenberg 3,80. Leipzig
100,—, Köln 200,—, Erfurt, „das Banner hoch!“ 30,—, Elberfeld
78,—, Mannheim 16,—, F. H. Barmen 12,—, Breslau 191,95.
Schwarzenberg i. S. 20,—.
Im September gingen ein:
Köln, „Vereintes Streben frohes Leben!“ 13,—, Ronsdorf 20,—,
St. Johann 5,07. Hamburg 60,—, Götting 5,—, S. Elberfeld 7,—,
Leiz 6,—, Stollberg 18,—, Rast 22,50. R. Götting 10,—, St.
Johann 11,—, Regensburg 10,—, Dederan 26,65. Gotha 15,—,
Hilf, „Mit“ 20,—, Erfurt, „das Banner hoch!“ 25,—, Einige Parteien-
genossen Hannover 10,—, Hannover 100,—, Hildesheim 11,55.
Potzdamm 30,—, B. hannov. Wahlkreis 15,—, P. P. B. 3,—, A.
S. P. 10,50. Leipzig, B. 6,—, Zwickau 50,— von Parteienoffen
aus Cincinnati.
Außerdem eingegangene Beträge kommen in einer der nächsten Num-
mern zur Veröffentlichung.

Aufhebung des Sozialistengesetzes?

Unter dieser Ueberschrift hat der „Sozialdemokrat“ in Nr. 34 und 35 zwei Artikel veröffentlicht, die uns zu einer Entgegnung nötigen.

Vorausgesetzt sei, daß auch wir die Ansicht haben, daß das Sozialistengesetz im Jahre 1884 nicht aufgehoben wird, wir erkennen aber nicht die Betrachtungen und Folgerungen für richtig an, welche der Verfasser der Artikel in Nr. 34 und 35 für die taktische Haltung der Partei daraus zieht. Insbesondere bekämpfen wir die Ansicht auf das Entschiedenste als irrig, als wenn die Partei etwa vor die Frage gestellt: ob Verlängerung des Sozialistengesetzes oder Verschärfung des gemeinen Strafrechts, sich für das erstere zu entscheiden habe.

Die Frage in dieser Form vor die Partei zur Abstimmung gestellt, dürfte von der weit überwiegenden Mehrheit derselben nicht im Sinne des Verfassers entschieden werden. Und das unseres Erachtens mit Recht.

Der Schluß, zu dem der Verfasser kommt, ist nur dadurch möglich, daß er die eigentlichen Gründe, welche die Verlängerung des Sozialistengesetzes herbeiführen, sich nicht voll vergegenwärtigt; daß er dabei die Lage, in welcher die Partei sich unter der Herrschaft des Sozialistengesetzes befindet, etwas sehr optimistisch aussagt, vielleicht weil er dieselbe nur per Distanz kennt, woraus dann folgt, daß die Taktik, die er der Partei ihren Feinden gegenüber anräth, eine im gegenwärtigen Momente für dieselbe unmögliche ist und, wenn befolgt, eine für sie ruinirende wäre.

Wenn der Verfasser jener Artikel sich begnügt hätte, die Gründe anzuführen, welche gegen eine Wahrscheinlichkeit der Aufhebung des Sozialistengesetzes sprechen, so wäre jede Polemik zwischen uns überflüssig; er geht aber von der Ansicht aus, daß die Möglichkeit einer Aufhebung dennoch vorhanden sei, und sucht nun die sich daraus ergebenden Folgen für die Partei in möglichst ungünstigen Farben darzustellen.

Unsere Feinde wird es schwer begreiflich sein, daß nach vierjähriger Herrschaft jenes insamen Gesetzes in der deutschen Sozialdemokratie sich Stimmen erheben, die eventualiter den Fortbestand jenes Ausnahmegesetzes wünschen.

Nun, das Gesetz wird sicher auch nach dem 1. September 1884 fortbestehen, aber aus Gründen, welche die Gründe, die unsere Genossen in Nr. 34 und 35 eventuell einen Fortbestand des Ausnahmegesetzes wünschen lassen, über den Haufen werfen.

Die Gründe, die den Fortbestand des Sozialistengesetzes sichern, ergeben sich aus Folgendem:

Das genannte Gesetz wurde seiner Zeit unter dem offenen oder geheimen Beifall aller bürgerlichen Parteien ins Leben gerufen, nicht bloß, um die auf Unruhm gerichteten Bestrebungen unserer Partei zu unterdrücken, sondern insbesondere um das gefährdrohende Wachstum und die stetige Ausbreitung unserer Partei zu verhindern, ja um die Partei, wenn möglich, zu vernichten. Man hoffte damit die Bahn für eine ungenügende Ausbeutung der Arbeiter durch das Kapital wieder frei zu bekommen und den herrschenden Klassen die frühere Sicherheit und Ruhe des Besitzes wieder zu geben. Zugleich versicherte man den minder Interessirten, einen Gegner mundtot machen zu müssen, der durch seine gefährliche Kritik jede soziale Reformarbeit unmöglich mache und durch seine Negationen in der Arbeiterklasse die wesentlichste Schuld trage an der ökonomischen Krise, in der wir uns seit dem Jahre 1871 in steigender Potenz befinden.

Kein Zweifel, daß diese Gründe alle zusammen einen großen Theil der gegnerischen Parteien befangen machten und für das Sozialistengesetz günstig stimmten.

Wie stehen aber heute die Dinge?

Die Unternehmerklasse hat die Gelegenheit benützt, um durch Vermehrung der indirekten Steuern die Staatslasten noch mehr als bisher von sich abzuwälzen; ferner, um durch Lohnreduktionen oder Verlängerung der Arbeitszeit oder auch durch beides zugleich die Taschen auf Kosten der Arbeiter erst recht zu füllen; wohingegen die während der Krise auf allen Gebieten sich riesig entfaltende Großproduktion und stets wachsende internationale Konkurrenz unsern Bauern- und Gewerbestand unaufhaltsam dezimirt und in immer ungünstigere materielle Lage drängt, die versprochenen sozialen Reformen aber für den Arbeiter wie für den Bauer und Handwerker ausblieben oder nicht den geringsten Nutzen brachten.

Die schönen Versprechungen für das Wohl der Arbeiter, wie die schönen Hoffnungen, die man dem Bauer und Handwerker machte, haben sich als Humbug erwiesen, und das sieht man in den betreffenden Kreisen mit jedem Tag mehr ein.

Die Folge von alledem ist, daß heute, trotz vierjähriger Herrschaft des Sozialistengesetzes, die Unzufriedenheit über die ökonomische Lage bei der ungeheuren Mehr-
heit des deutschen Volkes eine größere ist denn je zuvor, daß die Masse der Bevölkerung des Harrens und Wartens, der leeren Versprechungen, müde, sich von den herrschenden Parteien immer mehr abwendet, so daß, wenn heute die Sozialdemokratie wieder offen auf dem Plane erschiene, ihr Anhang im großartigsten Maßstabe in fast allen Schichten der Bevölkerung wachsen und die unmittelbare Gefahr für den Bestand der Gesellschaft werden würde.

Das wissen und begreifen unsere Feinde in allen Lagern im vollsten Maße, und darum wird das Sozialistengesetz unter allen Umständen verlängert.

It aber diese Auffassung richtig, und wer die Dinge kennt, wird sie nicht bestreiten können, dann ist logisch diejenige Auffassung falsch, welche meint, daß durch eine Aufhebung des Gesetzes und eine alsdann eintretende Verschärfung des gemeinen Strafrechts, unsere Partei moralisch und prinzipiell geschädigt werden könne. Denn daß man das Gesetz verlängert, weil man andernfalls das rapide Wachsen und die gewaltig zunehmende Macht der Partei fürchtet, ist der schlagendste Beweis gegen diese Ansicht.

Doch nehmen wir den Fall an, das Sozialistengesetz würde aufgehoben, es träte aber eine Verschärfung des Strafrechts an dessen Stelle, würden dann die Befürchtungen des Verfassers gerechtfertigt sein?

Keineswegs. Vor allen Dingen hätte dieser Zustand dann den Vortheil, daß unter allen Umständen unsere Bewegungsfreiheit eine größere würde als sie jetzt ist, und damit würde das Feld unserer Propaganda sich erweitern. Da aber das gemeine Recht Alle trifft, so sind die bürgerlichen Parteien, da auch sie davon betroffen werden, und sie nicht wissen, wie morgen der Wind gegen sie weht, gezwungen, an einer gewissen Grenze Halt zu machen. Auch läßt sich die Nichtergewalt — man mag sagen, was man will — in ihrer Rechtsprechung nicht so unifiziren wie die Polizeigewalt in ihrer Willkür; endlich fallen Rechtsprüche mehr in die Augen der großen Masse als polizeiliche Verhaftungen und fordern zu Vergleichen heraus.

Die Hauptsache aber ist, daß die heute in den weitesten Schichten der Bevölkerung herrschende Unzufriedenheit über die ökonomischen und politischen Zustände das Bedürfnis des Aussprechens und der Kritik am Bestehenden erzeugt. Wer diese Kritik am schärfsten übt, hat den Beifall der Masse; wird er dafür zur Verantwortung gezogen, so wächst die Sympathie für ihn. Was für den Einzelnen gilt, das gilt auch für die Partei im Ganzen, welche die eigentliche Trägerin dieser Kritik und weitgehender Forderungen ist.

Einen solchen Auftreten unserer Partei gegenüber sind alle anderen Parteien im Nachtheil.

Dann: Eine Verschärfung der Strafgesetze ist nur möglich unter Zustimmung eines großen Theils der Liberalen und des Zentrums. Wer diese Verschärfung gutheißt, ist von vornherein moralisch ruiniert; die bezüglichen Parteien wären ihre eigenen Lobengräber und machten also uns unsere Aufgabe leicht.

Das Zentrum hat alle Ursache, seinen Kredit zu schonen. Es hat seine Macht nur erlangt auf Grund seiner politischen Opposition, noch mehr durch die sozialen Forderungen, die es aufstellte und bisher schwach genug vertrat; je mehr es gedrängt von uns, genöthigt wird, sein Programm zu verleugnen, um so rascher geht es zu Grunde.

Noch mehr als das Zentrum müssen sich die Liberalen Richter-Hänel-Lasker'scher Observanz hüten. Mit ihrem sozialen Programm locken sie keinen Hund hinter dem Ofen hervor, was

ihnen auf die Beine half, war die Opposition gegen die Vis-mard'sche Steuer- und Sozialreform, deren Humbug auf der Hand liegt, und der Umstand, daß die Sozialdemokratie mundtot war. In dem Augenblick, wo die Sozialdemokratie sprechen und diese Liberalen einestheils entlarven, andererseits übertrumpfen kann, ist es mit deren Macht zu Ende.

Das arbeitende Volk ist des rein politischen Kampfes und der politischen Schlagworte müde und wartet auf soziale Hilfe und Erlösung.

Alle Parteien haben sich dazu unfähig erwiesen, und wo der Glaube an sie noch vorhanden ist, da schwindet er mit Macht. Kommt nun die Sozialdemokratie und weiß das rechte Wort zu finden, so erobert sie im Fluge die Massen.

Und da soll die Partei die ganze Gebundenheit der halben vorziehen und nicht jede sich bietende Chance für die Propaganda ausnützen? Das wäre Wahnsinn!

Die Vergleiche, die der Verfasser aus Frankreich holt, um die Gefahren eines allgemeinen Oppositions- und Freisinnigkeitsbundes zu schildern, hinken.

Die ökonomische Entwicklung Deutschlands ist der Frankreichs entschieden voraus, nicht minder die theoretische Schulung der Massen. Die Junischlacht und die Kommune sind in Deutschland unmöglich, auch nicht notwendig, dafür leistet es ganze Arbeit, wenn es einmal an die Arbeit geht.

So weit sind wir aber noch nicht, und darum ist es auch falsch und verkehrt, wenn der Verfasser gegen den Schluß seines Artikels in Nr. 35 der Partei eine Taktik räth, die unmittelbar und sofort den gewaltigsten Konflikt mit der Staatsgewalt und den herrschenden Klassen zur Folge hätte.

Hat der Verfasser sich überlegt, was eine Provokation, wie er sie empfiehlt, im gegenwärtigen Moment bedeutet? Wir bezweifeln es und glauben nicht, daß er z. B. auf der Reichstags-tribüne in dem von ihm angetathenen Stile zu sprechen für gut fände. Auch würde es sich schwerlich empfehlen, den „Sozialdemokrat“ und unsere Flugblätter — denn das brächte die Konsequenz doch mit sich — in diesem Tone zu schreiben. Das hieße nicht mehr und nicht weniger, als in weiteren zwei Duzend Bezirken den Belagerungszustand hervorzurufen, die maßloseste Polizeihatz provoziren und jeden Verbreiter des „Sozialdemokrat“ oder eines unserer Flugblätter, der einem Polizisten in die Hände fielen, Anklagen auf ein halbes Duzend der schwersten Paragraphen des Strafgesetzbuches auf den Hals laden.

Mit solcher Taktik wären die letzten Wahlen unmöglich gewesen und würde die Partei zersprengt. Oder sind die Vorberer der Mosk'schen Klique in Deutschland so groß, daß wir nach ihnen gehen müßten?

Will man die Partei, wie in Nr. 35 geschieht, apostrophiren, dann muß man sich auch klar darüber sein, ob die Partei einem solchen Rufer folgen kann, denn er bedeutet, rund herausgesagt, die Verlegung des Kampfes auf die Straße. Wenn die Partei das nicht kann und nicht will, dann werden solche Apostrophirungen zur Phrase. Daß aber die Partei sich bisher nicht hat von der Phrase beherrschen lassen, das ist, was ihr den Respekt bei den Freunden und die Furcht bei den Feinden erworben hat.

St. Etienne oder Roanne?

Zur Spaltung der französischen Arbeiterpartei.
II.

Der Kongreß von Reims änderte indes das Programm-Minimum noch nicht ab, sondern beschloß, „daß dasselbe bis zur Annahme neuer Programme von Seiten der Partei in Kraft bleibe.“ Sechs Wochen später, bei einer Nachwahl im 18. Pariser Arrondissement, in welcher J. Joffrin, ein ehemaliger Anhänger Felix Pyat's, kandidirte, wurde indes schon von ihm abgesehen. Dies gab dazu Veranlassung, daß der Streit zu einem öffentlichen wurde. Es kam schließlich dahin, daß die Majorität der Delegirten des „Föderationsverbandes“ des Zentrums der „Egalité“ das Recht aberkannte, sich Organ der Arbeiterpartei zu nennen, und im weiteren Verlaufe die Redakteure dieses Blattes und die Mitglieder des Vereins „Egalité“ aus ihrem Verbands ausschloß, was zur Folge hatte, daß mehrere Fachvereine und Sektionen gleichfalls austraten und sich mit den Ausgeschlossenen zu einer „Föderation des Zentrums“ vereinigten. Auf dem im Frühjahr d. J. stattgehabten Regionalkongreß zu Paris wurden diese Vereine bekanntlich nicht zugelassen, weil ihnen der Titel „Föderation des Zentrums“ nicht zukommt. Wir haben es damals ausgesprochen und sind noch heute der Ansicht, daß dieser Grund nicht stichhaltig war, denn der Titel ist deutlich genug von jenem der Weibheit unterschieden.

Katzenfisch wurde der Streit in den beiden Organen „Proletaire“ und „Egalité“ mit immer steigender Heftigkeit geführt. Die Anhänger der letzteren nannten ihre Gegner „Possibilisten“, auf Deutsch „Möglichkeitler“, weil Broisse in Artikeln u. gefordert hatte, daß der Schwerpunkt des Kampfes zunächst auf das kommunale Gebiet verlegt werden solle; das kommunale Eigentum sei zwar nicht das Endziel, aber „wie verlangen, daß man etwas thue, das Mögliche, und daß man aus Wort-Revolutionären zu Revolutionären der That werde.“ Katzenfisch Revolutionäre der That nicht in dem Sinne, wie es der ehemalige Redakteur

der „Kantgarde“ seinerzeit verstanden hatte. Drouffe dagegen und seine Freunde werfen ihnen Widersacher vor, sie seien „Marxisten“.

Regierender Vorwurf macht sich eigentlich ein wenig sonderbar in dem Munde von Leuten, die, nachdem sie vom Brouddonismus zum Anarchismus geschritten waren, erst direkt und indirekt durch die Lehren von Karl Marx zu Sozialisten in dem modernen Sinne des Wortes geworden sind.

Das Wort hat aber einen doppelten Sinn, es heißt nicht bloß oder soll wenigstens nicht bloß heißen: Anhänger der wissenschaftlichen Lehren von Marx, sondern auch Subjekte von Marx, indem Brouffe und seine Freunde die Ansicht vertreten, Marx gebe darauf aus, die französische Arbeiterbewegung von London aus zu leitfammen.

Wir brauchen für deutsche Leser wohl kaum hinzufügen, daß dies eine ganz unbegründete Furcht war und ist. Marx ist seit Jahren lebend, bis Ende vorigen Jahres hatte er zudem eine todtkranke Frau zu pflegen, und wenn er Zeit zu geistiger Beschäftigung findet, so gilt dieselbe der Fertigstellung seines Hauptwerkes, des „Kapital“. Man muß überhaupt Marx sehr schlecht begriffen haben, um ihm eine solche Absicht unterzuschreiben. Es ist indes zu bemerken, daß Frankreich das Land des ausgeprägtesten Subjektivismus ist, daß man dort von jeder der Theorie der persönlichen Einsprüche in Politik und Literatur genudigt hat. Deshalb fand auch diese Ansicht, besonders in Paris, ein gläubiges Publikum, dem der Gedanke, von einem der bedeutendsten Männer der Jetztzeit beeinflußt zu werden, eine Art Glanzhaftigkeit verurteilte.

Ein weiterer Vorwurf gegen die Minderheit war der, daß sie „autoritär“ sei und die föderalistischen Grundzüge der Partei, die Autonomie (Selbstständigkeit) der Gruppen, nicht hochhalte. Diesen Vorwurf nahm dieselbe ohne Widerrede an, verpöbelte die Autonomie und reklamierte für die sozialistische Partei das Prinzip der Zentralisation, natürlich der Zentralisation unter Gleichen.

Alle diese Kämpfe spielten sich in Paris und Umgebung ab, blieben jedoch nicht ohne Nachwirkung auf die Provinz. Soweit diese Anteil nahen, darf man sagen, daß der Norden mehr auf Seiten der „Autoritären“ Guesde-Lafargue, der Süden dagegen auf Seiten der „Autonomisten“ Raison-Brouffe stand. Der Nordverband, welcher 11 Gewerkschaften umfaßt, gab z. B. seinen Delegierten zum St. Etienne Kongress u. A. das imperative Mandat, dafür einzutreten, daß die „Confédérés“ der Partei erhalten bleiben.

Der Kongress von St. Etienne war sehr hart bestritten worden, 111 Delegierte, welche 350 Gruppen oder Fachvereine vertraten, waren anfangs zugegen. Der erste Punkt der Tagesordnung, „Drückung der Mandate“, wurde nicht ohne heftige Debatte erledigt; die Anhänger der „Egalité“ hatten verlangt, daß diejenigen Delegierten, deren Delegationskosten (Voyageausgaben) bezahlt hätten, nur beweisende, nicht aber beschließende Stimme haben sollen, da dieselben sonst, z. B. in den Fragen der Taktik, nicht uninteressiert wären. Der Antrag wurde indes unter Hinweis auf das Verfahren früherer Kongresse abgelehnt.

Zweiter Gegenstand der Tagesordnung war die Frage der Parteizucht, d. h. die Entscheidung über den obengedachten Streit. Hierzu beantragten die Anhänger der „Egalité“, daß den beiden freitenden Parteien gleiche Redezeit gewährt werde, daß die Debatte in Rede und Gegenrede geführt werde, d. h. abwechselnd einer „für“ und einer „gegen“ spreche, und daß bei der Abstimmung über diese Frage diejenigen Delegierten, welche an dem Konflikt beteiligt seien, d. h. die Mitglieder des Nationalkomites, des Föderativverbandes des Zentrums und der Föderation der Zentrums, keine beschließende Stimme haben sollten, weil sie sonst Kläger und Richter in einer Person wären. Als dieser Antrag abgelehnt wurde, verließen die Antragsteller und die zu ihnen haltenden Delegierten den Kongress.

Hören wir, wie sie diesen Schritt in ihrer öffentlichen Erklärung motivierten:

„Manifest an die Sozialisten.

„Entschlossen, der Partei jedes persönliche Opfer zu bringen, haben wir uns zum Kongress von St. Etienne mit dem festen Willen eingefunden, seiner Entscheidung loyal die Differenzen zu unterbreiten, welche seit mehreren Monaten zwischen zwei Fraktionen des freitenden Proletariats ausgebrochen sind.

„Wir forderten nur eines von diesem nationalen Tribunal, daß es als Gerichtshof in seinem Richteramt auf die nicht interessierten Gruppen beschränkt werde, und daß die Gleichheit der Angriffs- und Verteidigungsmittel beiden Parteien gewährt werde.

„Nachdem diese unerlässliche Garantie uns verweigert wurde, konnten wir uns, wollten wir die in ihren kollektivistisch-revolutionären Grundzügen angefochtene Partei nicht verraten, nicht mehr zu dem hergeben, was nur noch eine Rechtsprechungskommission sein konnte.

„Und wie unsere Vorgänger von Havre nicht davor zurückschreckten, mit den „Barberetischen“ (eine Art französischer Hirsch-Dumstier) zu brechen, um die wesentlichen Beschlüsse unseres großen Kongresses von Marseille zu retten, so haben wir mit den „Possibilisten“ des Kongresses im Herbst gebrochen, um das Programm der Expropriation (des kapitalistischen Gesellschaft) zu retten, welches die Kongresse von Marseille und Havre unserer Partei gegeben haben.

„Von heute ab werden in Roanne, der Arbeiterstadt, welche sich vor Kurzem durch den längsten und heroischen Widerstand gegen die Ausbeutung der Unternehmer berühmt gemacht hat, die wahren Kämpfer der Partei rekrutiert werden. Sache derjenigen, welche weder die Gedankten noch die Risikolustigen des Arbeiter-Opportunismus werden wollen, ist es, sich uns bei unserer Werke der Heilung und Reorganisation anzuschließen.“

Dieses Manifest ist unterzeichnet von Delegierten aus Klais, Bordeaux, Angoulême, Combray, Lyon, Montargis, Paris, Roanne u. c., im Ganzen von 34 Personen, die 37 Gruppen vertraten.

Der Delegierte des Nordverbandes erklärte, den Auftrag zu haben, im Falle eines Konfliktes sich keiner Partei anzuschließen, sondern beiden Fraktionen die Beschlüsse seiner Mandatgeber mitzutheilen.

Anderer Delegierte, wie Jean Pauls Minck, die mehrere Arbeitervereine in Südfrankreich, u. A. von Arles, Perpignan, Toulon, Montpellier u. c., vertrat, erklärte, nur in St. Etienne zu bleiben, um für die Wiedervereinigung zu wirken.

Die Gründe, welche die Majorität in St. Etienne bewog, auf den Antrag der „Egalité“-Anhänger nicht einzutreten, sind leicht begreiflich. Wir hätten fünfzig Mitglieder des Rechtes der Abstimmung verabschiedet, erklärte der Delegierte Adhemard Leclerc, selbst Mitglied des Nationalkomites, in öffentlicher Versammlung. Und in der That waren allein 12 Mitglieder des Nationalkomites unter den Delegierten. Diese 50 Delegierten, zusammen mit den 11 Delegierten aus Marseille und dem Delegierten von St. Etienne — es sollen nach der „Egalité“, und der „Proletaire“ bestreitet es nicht, 19 Personen von St. Etienne vom Nationalkomite mit Mandaten auswärtiger Gruppen versehen worden sein — waren bereits mehr als die Majorität.

Man mag über die „Guesdisten“ sonst denken, wie man will, aber unter solchen Umständen ist ihr Verlassen des Kongresses, dessen Urtheilsspruch schon im Voraus entschieden war, wenn auch nicht sehr räthlich, so doch erklärlich.

Als die Minorität den Kongress von St. Etienne verlassen hatte, beschloß dieser nach Anhörung einer Anklageschrift, welche der Bürger Dejean verlas und die die Bürger Brouffe, Joffrin u. A. noch ergänzten,

„daß die Mitglieder der Gruppe und des Blattes „Egalité“, Guesde, Lafargue, Bajin, Raffard, Deville und Frejac nicht mehr der sozialistisch-revolutionären französischen Arbeiterpartei angehören,

*) Der radikale Gemeinderath von Marseille hatte z. B. den 11 Delegierten aus dieser Stadt 300 Fr. bewilligt.

„daß die Gruppen, welche sich freiwillig oder nicht, zu ihren Dupes (Betrogenen) gemacht haben oder machen sollten, sich selbst außerhalb der Partei stellen, wenn sie sie als Mitglieder aufnehmen oder als Kandidaten oder Delegierte wählen.“

Und der Kongress der Minderheit in Roanne beging die Thorheit, seine Widersacher nachzunahmen und das Nationalkomite seines Mandates für verlustig, den Föderativverband des Zentrums als nicht mehr zur Partei gehörig und den „Proletaire“ beim freitenden Proletariat in Bann zu erklären.

Sozialpolitische Rundschau.

Zürich, 11. Oktober 1882.

— **Reineid und „Reineid“.** Das schändliche Bestreben der strebenden Richter des Reiches der Gottesfurcht und frommen Sitte, Sozialisten in Prozessen gegen deren Genossen zu unwahren Aussagen geradezu zu verleiten, um sie nachher wegen Meineid zu Zuchthaus verurtheilen zu können, wie erst jüngst in Landshut geschehen, findet ein charakteristisches Gegenstück in dem sonnen Prozeß gegen Hans Blum, der sich am 3. Oktober in Magdeburg abspielte. Hans Blum hatte bekanntlich in Artikeln über den berüchtigten Hochverratsprozeß „Lave und Genossen“ die Spitzelwirtschaft der Herren Kumpf, Stillfried u. arg angegriffen — er hatte kurz vorher den Typus überstanden, sagt er jetzt zu seiner Entschuldigung ob dieses „Vergehens“ — und stand nun unter Auflage der Beleidigung dieser ehrenwerten Personen, bezw. der Berliner und Frankfurter Polizei vor Gericht. In diesem Prozeß nun, mit dem wir uns noch mehrfach zu beschäftigen haben werden, spielte sich zwischen dem Vorsitzenden, Landgerichtsrath Simon von Jastrow, und dem „Zeugen“, Polizeirath Dr. Kumpf, folgende charakteristische Szene ab. Wir zitieren nach dem stenographischen Bericht der „Magdeburger Zeitung“:

Vorsitzender: Als Grund der Verhaftung des Horsch haben Sie zwei Gründe angegeben, die, wie ich zugeben muß, nicht ganz über haupt nicht in Uebereinstimmung zu bringen sind.

Zeuge: Zunächst hat mich Horsch, nachdem wahrscheinlich war, daß die Sozialisten dahinter gekommen wären, daß er für die Polizei gearbeitet habe, selbst gebeten, ihn zu seinem persönlichen Schutz fest nehmen zu lassen; er wäre seines Lebens nicht sicher.

Vorsitzender: Haben Sie ihn polizeilich inhaftirt oder gerichtlich?

Zeuge: Polizeilich.

Vorsitzender: Er ist demnach gerichtlich inhaftirt worden in Frankfurt?

Zeuge: Allerdings auch.

Vorsitzender: Aus welchem Grunde ist diese gerichtliche Verhaftung erfolgt?

Zeuge: Wie aus den Akten ersichtlich, hatte Horsch in seiner letzten Thätigkeit sich gewissermaßen direkt an den Bestrebungen und der Thätigkeit der Sozialisten beteiligt.

Vorsitzender: Aber doch nur, um die Sozialisten auszuforschen, nicht um selber die That auszuführen.

Zeuge: Faktisch war er dadurch gezwungen, daß er den Transport der Chemikalien von Darmstadt nach Frankfurt übernommen hatte.

Vorsitzender: Herr Polizeirath! Es scheint mir, als sind Sie in diesem Punkt vielleicht zu weit gegangen, und haben bei dem Untersuchungsrichter angegeben, daß Horsch der Mithäterschaft an diesen Handlungen verdächtig ist. Sie sind selber unmöglich (!) der Ansicht gewesen, daß er der Mithäterschaft verdächtig wäre, da Ihnen seine Eigenschaft bekannt war. Sagen Sie lieber: Ich habe es bei dem Untersuchungsrichter angegeben, weil sonst die Verhaftung nicht erfolgen konnte, die Horsch selbst wünschte. Das ist doch wohl der wirkliche Grund.

Zeuge: Es war aber immerhin die Möglichkeit (!) vorhanden, daß etwas Reelles vorlag.

Vorsitzender: Daß Horsch sich betheiligen würde? Haben Sie wirklich geglaubt, Horsch würde sich aktiv betheiligen?

Ich möchte Ihr Gewissen salbiren, sagen Sie doch lieber: So ist es gewesen, und ich habe es in der besten Absicht gethan.

Zeuge: Meine Absicht war, dabei gleichzeitig durch die Untersuchung konstatiren zu lassen, daß er vollständig nach allen Richtungen hin unschuldig gewesen ist, daß er sich nicht direkt betheiligt hat. Deshalb war es mir ganz recht, daß er mit verhaftet worden ist. Daß sich seine Verhaftung so lange hingezogen hat, war von mir nicht abhängig. Durch die Untersuchung sollte festgestellt werden, daß er nicht auf Seite der Sozialisten gestanden, sondern nur vollständig in unserem Interesse gehandelt hat. Ich konnte vorkünftig in den Gang der Untersuchung nicht eingreifen; es war mir nicht Gelegenheit geboten, den Untersuchungsrichter darüber aufzuklären, es mußte durch die Untersuchung konstatirt werden, ob Horsch wirklich ganz frei dastand. So lange dies nicht erwiesen war, wäre der Vorwurf berechtigt gewesen, daß er sich aktiv betheiligt hat.

Einer der Beisitzer legt dem Zeugen folgende Frage vor: Als Sie die Verhaftung des Horsch veranlaßten, waren Sie sehr überzeugt, daß er selbstständig, gegen Ihren Willen, sich mehr an sozialistischen Umtrieben, noch an dem Nordaktentat betheiligt hätte, oder hielten Sie es für möglich, daß er vielleicht im Geheimen doch sich den Sozialisten aktiv angeschlossen hätte?

Zeuge: Es gab mir seine Thätigkeit allerdings ein Bedenken, daß er gegen das Verbot gehandelt hätte.

Beisitzer: Also bei der Verhaftung waren Sie nicht mehr sehr überzeugt, daß er Ihnen bloß als Agent diente?

Zeuge: Daß er mir als Agent diente, war ich überzeugt.

Beisitzer: Aber Sie hielten für möglich, daß er doch auch selbstständig mit den Sozialisten vorging?

Zeuge: Das nicht. Daß er mit diesen sich in Verbindung setzen würde, und daß er im Interesse der Sozialisten arbeiten würde, habe ich nicht für möglich gehalten.

Beisitzer: Haben Sie für möglich gehalten, daß er sich einer strafbaren Handlung schuldig machen könnte?

Zeuge: Daß er zu weit gehend von seinem Standpunkt aus gehandelt und vielleicht den Umstand hätte verheimlichen wollen, daß er die Chemikalien von Darmstadt herüber gebracht hatte.

Vorsitzender: Ich denke, das hat er Ihnen auch gleich erzählt.

Zeuge: Doch nicht. Ich hatte es auf andere Weise erfahren, ehe er es berichtet hat.

Vorsitzender: Wie lange dancerte es?

Zeuge: **24 Stunden.** Nach 24 Stunden kam er und berichtete es mir, nachdem ich es ihm vorgehalten hatte.

Also, weil Horsch möglicherweise eine Sache hätte verheimlichen wollen, die er Herrn Kumpf 24 Stunden nach geschehener That eingestanden hätte, ließ ihn der Polizeirath, Doktor der Rechte, Kumpf, gerichtlich verhaften. Mit anderen Worten, es lag gegen Horsch gerichtlich absolut nichts vor, und alle andere lautenden Aussagen des Kumpf sind Flausen, oder gerade herausgelagt, Schwindel.“

*) Es geht dies auch aus den Briefen Kumpfs an den Stadtgerichtsrath Hollmann hervor. „In dem ersten war als Grund angegeben, daß Horsch sich verdächtig gemacht habe bei dem Transport der Chemikalien von Darmstadt nach Frankfurt, während in dem Briefe vertraulicher Natur der Sachverhalt angegeben war, wie er

Wie jart aber sucht der Präsident den Mann, der selbst Wahrer des Rechtes sein soll, der studirt hat, vor einer unredlichen Aussage zu schützen. „Ich möchte gern Ihr Gewissen salbiren!“ Ob er so auch einen Arbeiter fragen würde, den gegen einen Genossen auszusagen soll? Sicherlich nicht. Wenn er diesem nachweisen kann, daß er aus politischen Gründen, d. h. um einen Kameraden nicht ins Gefängniß zu bringen, die Unwahrheit ausgesagt hat, dann diktiert er ihm „von Rechtswegen“ zwei Jahre Zuchthaus und noch längere Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte.

Das nennt man Rechtsprechung ohne Ansehen der Person!

— Die politische Spionage eine berechtigte Rechtsinstitution. Aus dem weiteren Verlaufe des Prozesses Blum wollen wir für heute noch folgende, das politische Spigel- und Provolatorenthum betreffende Aussprüche hervorheben:

Staatsanwalt Lane, nachdem er angeführt, daß der Kern der Beschuldigung, sich bezahlter Agenten bedient zu haben, wahr sei, sagt: „Es muß doch immer davon ausgegangen werden, ob die Benutzung geheimer Agenten etwas Zulässiges oder Unzulässiges ist. Ist sie nicht unzulässig, so kommt es auf die Art, wie solche Leute ausgegenutzt werden, nicht sehr viel an. Ob beispielsweise Horsch weniger gut oder schlecht ist, das ist für die Sache meines Erachtens von keiner Bedeutung, das zieht die Polizeibehörde nicht herab, eben so wenig die Frage, ob die Leute in den Gefängnissen belauscht worden sind. Wenn es nicht unzulässig ist, geheime Agenten zu benutzen, dann ist es eben so wenig unzulässig, die Leute in den Zellen zu belauschen.“

Und der Gerichtshof, außer dem Vorsitzenden aus den Landgerichtsrathen Schaffer, Wendt und von Strombeck, sowie dem Assessor Schröder bestehend, erklärt in seiner Urtheilsbegründung — Hans Blum wurde zu 500 Mark Geldbuße verdonnert — daß er „auch der Ansicht war, daß allerdings der Polizei in bestimmten Fällen, wo es nicht anders zulässig ist oder ihrem Ermessen überlassen werden muß, dadurch auszuforschen, daß sie beliebige Leute dingt, die natürlich (!) nicht vom besten Rufe sind, zuweilen aber auch aus patriotischen Gründen sich hergeben, im Uebrigen aber ganz glaubwürdige Leute sind, und daß diese Thatfachen selbst, so weit sie nicht wahr sind, nicht geeignet sein würden.“

Nicht vom besten Rufe, aber ganz glaubwürdig — das sind die Stützen der preussisch-deutschen Reichsherrschaft! Schamloser sprachen sich die korrumpirten Berichte des zweiten Kaiserreiches in Frankreich auch nicht aus.

— Was ist Luzus? Auf keine Frage werden die Antworten wohl mehr aneinander gehen, als auf diese. Der Eine hält geistige Getränke, ein Anderer Fleischnahrung, ein Dritter Seife und Pomade, und ein Vierter Prinzipien für Luzus. Es gibt Leute, welche es für Luzus halten, außer bei der eigenen Frau noch bei anderen Damen den — Ritter zu spielen, wohingegen die „Frankfurter Zeitung“ einen noch viel schlimmeren Luzus kennt, nämlich den Luzus der — Zählkandidaturen. Am 3. Oktober fand bekanntlich im Wahlkreis Ulm-Geislingen — Heidenheim Nachwahl statt, bei welcher sich als Hauptgegner der liberal-konservativen Wismaschankandidat Magirus und der Volksparteier Karl Mayer'scher Oberwand Hähle gegenüberstanden. Unsere Genossen konnten um so weniger auf die Aufstellung eines eigenen Kandidaten verzichten, als Herr Hähle sich als Fabrikant in keiner Weise von seinen reaktionären Kollegen unterscheidet. Sie stellten Bebel als Zählkandidaten auf, und wenn sie auch keinen großen Erfolg erzielten, so gelang es ihnen doch, 300 Stimmen auf Bebel zu vereinigen und dadurch Stichwahl zwischen Hähle und Magirus nöthig zu machen. Darob große moralische Entrüstung bei den Herren von der Volkspartei, die sich in der „Frankfurter Zeitung“ folgendermaßen vernehmen lassen:

„Hätten sich nicht die Sozialdemokraten den Luzus (!) einer Zählkandidatur erlaubt (!), die lediglich ihre Schwäche in jenem Wahlkreise entthüllt hat, so würde Herr Hähle schon am 3. Oktober mit mehr als 400 Stimmen Sieger gewesen sein.“

Nach diesem Erfolg scheinen die Herren in Frankfurt die sozialistischen Stimmen als von Rechtswegen ihrem Kandidaten zukommend zu betrachten, sie dürften aber damit die Rechnung ohne den Wirth gemacht haben. Unsere Genossen verspüren gar keine Reigung, bei der Stichwahl für die Herren von der Volkspartei einzutreten, nachdem der Verleger des Wahlzettelblattes für Bebel, Genosse Kicene in Heidenheim, unmittelbar nach Bekanntwerden des Zählzettelblattes von seinem vorkandidierten Arbeitgeber entlassen wurde.

Was übrigens die Schwäche unserer Partei in jenem Wahlkreise anbetrifft, so ist die Zahl für den Anfang durchaus nicht so wenig, und überdies genügt sie, daß das Zünglein der Waage in der Hand unserer Genossen ruht. Von ihnen hängt es jetzt ab, ob Hähle oder Magirus in die Versammlung der Erleuchteten der Nation eintreten wird. Politische Fragen sind Wachsfragen, und der ist ein guter Politiker, der es versteht, auch mit kleinen Mitteln sich Geltung zu verschaffen. Von diesem Gesichtspunkt aus war die Zählkandidatur, abgesehen davon, daß die Bekräftigung unserer Parteigrundzüge für uns stets als Prinzip in erster Linie in Frage kommt, durchaus kein Luzus.

Der lieben Frankfurterin aber rathen wir ein wenig — Sparsamkeit in Ausfällen auf die Sozialdemokratie an.

— Wer ist hier ebros? Am 5. Oktober verurtheilte das berüchtigte Leipziger Reichsgericht unter Anführung des Senatspräsidenten Drekmann den 23jährigen Zuchthäuser Wunderlich, dem sein Prinzipal das Zeugniß eines sehr fleißigen und sehr thätigen Arbeiters gab, wegen nicht einmal erwiesener Verbreitung einiger Exemplare der Londoner „Freiheit“ zu zwei Jahren Zuchthaus und zwei Jahren Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte. Der Mitangeklagte Riefer, der eingestandenemmaßen dieselben Nummern verbreitet hatte, kam, weil er gegen Wunderlich beistehend ausgegagt hatte, mit vier Monaten Gefängniß davon, die obenbrein durch die Untersuchungsbehörde für verblüht erklärt wurden. Ihm hat man die Ehre nicht aberkannt.

Gegen Wunderlich hatte der „Ober-Reichsanwalt“ — Freiherr von Sodenorff nennt sich der Schutz — vier Jahre Zuchthaus und vier Jahre Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte beantragt.

Wie viel gemeine Schwindelereien und Betrügereien muß Einer schon verübt, oder wie viel Existenzen ruiniert, wie viel Leute ins Elend gestürzt haben, ehe gegen einen gemeinen Verbrecher eine solche Strafe beantragt wird! Der Säufer Eisenbach, der in ebrosester Weise sein Kollegen befehlt, erhielt sechs Monate Gefängniß, der Sozialdemokrat Wunderlich für ein politisches „Vergehen“ zwei Jahre Zuchthaus!

In der That, solche Rechts- oder richtiger Unrechtszustände sind sprechende Zeugen von der moralischen Verwesung der heutigen Gesellschaft, der logischen Folge ihrer sozialen Auflösung.

war; es sei Kumpf höchst unangenehm, es läge nicht im Interesse der Sache, wenn es in der Verhandlung vorläme — in diesem Stil war der Brief gehalten. Dann kam ein weiterer Brief, in dem Kumpf schreibt, es beantrüge ihn, daß die Sache nicht erledigt sei; ich möchte gern, daß der Horsch aus der Haft entlassen wird, ohne dages zur Kognition eines Gerichts käme oder in die Verhandlung käme, welche Rolle er gespielt hat. Denn Horsch ist 2-3 Monate in Untersuchung gewesen.“

Der Doktor der Rechte und Polizeirath hat also bewußt die Unwahrheit ausgesagt.

— Jetzt merken sie auch wie's thut. „Von Mitgliedern der liberalen Parteien“, schreibt die „Frankfurter Zeitung“, „welche in den letzten Wochen an Wahlen waren, wird verschert, es sei schwierig, in ländlichen Distrikten Lokale zur Abhaltung von liberalen Wählerversammlungen zu bekommen; die Wirthe fürchten, man werde ihnen die Erlaubnis für Tanz- und ähnliche Vergnügungen nicht gewähren.“

Das ist allerdings nicht sehr angenehm für die Herren Liberalen — Herr Zelle hat in Saarland bei Potsdam in einem verrückten Privatstimmer seine Wige reifen müssen — aber Schaden kann es nicht, wenn die Herren auch einmal an die Reihe kommen. So niederträchtig wie uns wird ihnen ohnehin nicht mitgeteilt werden, gehören sie ja doch immer noch zu den „Königstreuern“.

— Sicut cadaver. Wie ein Leichnam, ohne eigenen Willen, ohne selbstständiges Denken sollen sie sein! forderte die Jesuitenregel von den „Brüdern“ der Gesellschaft Jesu. Und wie ein Leichnam, sicut cadaver, sollt ihr sein, auch ohne zu marren und zu museln, in blindem Gehorsam der Führung des großen Bismarck anvertrauen! ruft das Bismarck'sche Leibblatt den Konservativen zu, die Wiene machten, eine unabhängige Partei vorsehen zu wollen. Die Konservativen und unabhängig! Es war auch eine gar zu komische Anwandlung. Ganz Recht hat die „Norddeutsche“, wenn sie den konservativen Herren sagt: „Ihr seid nicht ohne die Regierung! Im Moment, wo sie die Hand von Euch abzieht, hört Ihr auf zu existieren.“ Ob es aber klug war, es zu sagen, ist eine andere Frage. Denn wenn schon die Konservativen nicht sind ohne die Regierung, so ist die Regierung, welche sich auf keine andere Partei verlassen kann, doch ihrerseits auch nicht ohne die Konservativen, deren Unterstützung sie dringend bedarf. Freilich, daß dies der Fall, ist der drastischste Beweis für die „Omniafuit“, mit der Herr Bismarck zu wirtschaften und abzuwirtschaften verstanden hat. Denn die konservativ Partei, auf welche Herr Bismarck sich stützen muß, braucht nicht erst „wie ein Leichnam“ zu werden, sie ist ein Leichnam — und kein wohlriechender.

— Volksparteiliche Perfidie. Während es auf der Hand liegt, daß gleich der preussischen und russischen ebenso die ungarische Judenhege von Oben herab systematisch organisiert worden ist, hat das offizielle Telegraphenbureau die Schamlosigkeit, in einem langen Telegramme den Schwachhollern Krzyz in Preßburg und Umgegend auf die Reaktionen „fremder, von auswärts gekommener sozialistischer Agitatoren“ zurückzuführen.

Das ist die alte Polizeimethode, daß alles Unbequeme auf „Ausländer“ (die sprichwörtlichen „Polen, Juden und Franzosen“ von 1848) zurückgeführt wird. Heute sind's natürlich „fremde Sozialisten.“ Der Polizei, die, an Ideen arm, ihre alten Dummheiten stets von Neuem wiederholt, verargen wir solche Albernheiten nicht, sie kann nichts dafür, es ist das ein „Konstitutionsfehler.“ Aber ersthals und nun gar „freisinnige“ oder demokratische Zeitungen dürfen doch solchen Blödsinn nicht so ohne Weiteres, nicht ohne ein Wort schätzigender Korrektur abdrucken.

Alle unsere Feinde wissen genau, daß es die deutsche Sozialdemokratie ist, welche der von dem bankrotten Staats- und Sozialpöbel Bismarck Vorjunkt inszenierten „Antisemitismusbewegung“ die Spitze abgebrochen hat. Niemand weiß das besser, als die Juden selbst und namentlich Herr Sonnemann in Frankfurt a. M. Trotzdem druckt das Blatt des Herrn Sonnemann, die „Frankfurter Zeitung“, in seiner Nummer vom 4. d. das betreffende Telegramm ohne jegliche Bemerkung ab, während sogar die durch und durch bourgeoischichtliche und antisozialistische „Wiener Freie Presse“ ein kritisches Freigezeichen macht. Sage man nicht, das Sonnemann'sche Blatt, Hauptorgan der Volkspartei, habe da nur eine Unterlassungsblinde begangen. In dieser wie in zahlreichen anderen Unterlassungs- und Begleichungsblinden ist offenbar Methode.

— Aus Chemnitz, 3. Oktober, schreibt man uns: Gestern Abend sprach hier Genosse Liebknecht im Saale der „Stadt London“ über die Genossenschaften und gewerkschaftliche Organisation. Er gab eine geschichtliche Skizze der gewerkschaftlichen Bewegung in England (Trados Unions) und Deutschland, ermahnte zu gewerkschaftlicher Organisation, und lieferte unter scharfer Kritik der Bismarck'schen „Sozialreform“ den Nachweis, daß eine vernünftige Arbeitergesetzgebung nur durch die Arbeiter und nur bei freier Bahn für die Arbeiterbewegung möglich ist; und daß jeder Versuch imperialistisch-bureaucratistisch-polizeilicher „Sozialreform“ von oben bloß zur jämmerlichsten Sozialpöbelerei führen kann.

Der Saal war bis auf den letzten Platz gefüllt und die Versammlung mit den Ausführungen des Vortragenden vollkommen einverstanden. Die sehr zahlreich vertretene Polizei, welche sich während des zweistündigen Vortrages anerkennenswerth ruhig verhielt, schritt in der, dem Vortrag folgenden Diskussion dreimal ein: 1) als ein Redner auf die Attentate von 1878 anspielte; 2) als Liebknecht, auf eine Anfrage aus der Versammlung heraus, den „antisemitischen“ Anflug geistete, und 3) als der Vorsitzende die Thronrede erwähnte, daß bei der letzten, von Geiser abgehaltenen Versammlung das Militär in den Kasernen konzentriert und 21,000 scharfe Patronen verteilt waren! Im Uebrigen verursachte die Polizei keine Störung, weshalb auch die Versammlung ohne Störung verlief. Eine merkwürdige Inkonsistenz ist, daß während die Polizei solche Versammlungen gestattet, sie unseren Genossen Lauschte wie ein Wild hegt, bloß damit derselbe nicht „agitieren“ kann. Aber Konsequenz war nie eine Tugend der Polizei, deren Wesen ja Willkür, d. h. das Gegenteil der Konsequenz, ist.

— Aus Leipzig, Anfang Oktober, schreibt man uns: Am 8. d. M. kommt der Prozeß Kündel-Apyich-Vaußle in zweiter Auflage hier vor und kann eine Freisprechung, falls die Entscheidungsgremie des Oberlandesgerichts nicht gewaltsam verdrängt oder ignoriert werden, mit Bestimmtheit erwartet werden. Das hindert aber die Chemnitzer Amtshauptmannschaft nicht (siehe oben). Die Redaktion, Vaußle auf Grund des kassierten Urtheils sandes gesetzlich auszuweisen, ebenso wenig wie es die hiesige Kreisauptmannschaft daran hindert, die auf Grund des nämlichen kassierten Urtheils erfolgte reichsgerichtliche (Sozialistengesetzliche) Ausweisung Vaußle's und seiner beiden Genossen mit aller (sächsischen) „Gemüthlichkeit“ aufrechtzuerhalten. Die Herren Juristen und Polizeisten haben zwar bekanntermassen ihre eigene Logik, die meistens die auf den Kopf gestellte Logik der gewöhnlichen Menschenfinder ist, allein der Sach „essantia causa essant effectus“ (mit dem Aufhören der Ursache hört auch die Wirkung auf) galt bisher doch für allgemeingültig. Man sieht aber, daß unsere sächsischen Behörden sich vollständig von ihr emanzipiert haben. Die Ursache, d. h. das verurteilende Erkenntnis, hat aufgehört — ist kassiert worden —, trotzdem dauern die Wirkungen fort.

Ich bin bloß begierig, was nun geschehen wird, wenn das freisprechende Erkenntnis da ist.

Aus Wera wird mir die Nr. 87 des dort erscheinenden und von dem „Parteienoffen“ Brätter redigierten „Beobachter“ zugesandt. Es befindet sich darin folgendes saubere Artikelchen:

(Es zum wesentlichen Theile in unserer Weraer Korrespondenz abgedruckt.)

Nicht wahr, ein hübscher Erguß. Natürlich haben sich die Arbeiter nicht darum bekümmert, die Lehren des advocatus diaboli, welcher allerdings ein ganz korrekter advocatus diaboli, d. h. Anwalt des Teufels Kapital ist, mit der gebührenden Berachtung in den Wind geschlagen und ihre Interessen mit Nachdruck und Erfolg gewahrt.

Auf das Nachwerk des Näheren einzugehen, wäre höchst überflüssig,

es kennzeichnet sich selbst. Es war aber nöthig, das corpus delicti vorzuliegen, damit die Parteigenossen sehen, wohin Freizheit und Rechnungsträgerci führen, und damit sie über gewisse Persönlichkeiten in's Klare kommen. —

Das fortwährende Steigen der Abonnentenzahl des Parteiorgans ist unserer direktionslosen Polizei ein Räthsel, auf dessen Lösung sie sich mit der ganzen ihr zur Verfügung stehenden Intelligenz wirt. Es will aber nicht gelingen und wird nicht gelingen. An dem gefunden Menschenverstand und dem Rechtsgefühl unserer Arbeiter wird alle Polizeipolizei zu Schanden. Die Vigilanz (d. h. Wachsamkeit) der Vigilanten ist uns nur ein angenehmer Zeitvertreib und eine gute Übung. Auch wir sind vigilant, d. h. wachsam, und vigilanter als die Herren Vigilanten.

— Vom „liberalen Kronprinz“ sind jetzt wieder allerhand „hübsche Erzählungen“ im Schwange, die ihren Weg auch durch die volksparteiliche Presse — Stuttgart, „Beobachter“ etc. — nehmen. Der Welschmaad ist verschieden, die meisten dieser hübschen Jäger laufen auf nichts als Plattheiten hinaus, dagegen gefällt uns von „unserem Fritz“ der nachfolgende Zug ganz besonders „hübsch“, da er den Liberalismus desselben ins schäbste Licht stellt:

„Bei einer Inspektionsreise in Westphalen“, heißt es, „redete der Kronprinz die Gattin eines Bataillonkommandeurs mit den Worten an: „Meine gnädige Frau, ich habe Sie, als ich vor zwei Jahren hier war, vermisst, Sie waren damals im Bade, wenn ich nicht irre?“ „Ganz recht, königliche Hoheit“, erwiderte die Angeredete etwas verlegen, „ich war damals in Wiesbaden und zwar gerade, als auch — Ihr Herr Vater sich dort befand.“ „Sehr wahr“, bemerkte der Kronprinz ernst. „Se. Majestät unser aller-gnädigster Kaiser waren allerdings zu jener Zeit auch dort anwesend.“ Dann machten königliche Hoheit eine kurze Verbeugung und wendeten sich einer andern Dame zu.“ „Nicht wahr, sehr — hübsch von dem hohen Herrn? So etwas hat keinen Vater, das wäre ja zu lieblich!“

— „Ob katholisch geboren, ob protestantisch gescheitelt.“ In der Schweiz findet demnächst eine Volksabstimmung statt über die Einsetzung eines eidgenössischen Erziehungssekretärs. Der Bundesrat hat dieselbe beschloffen, um eine Unterstutzung darüber anzupfehlen, ob der Schulartikel der schweizerischen Bundes-Verfassung (Art. 27) auch geistlich durchgeführt werde, das paßte aber den Pfaffen, die in einzelnen Kantonen noch die Herren sind, sowie den übrigen Dunkelmännern nicht in den Kram, und im Namen der „Freiheit“, die sie meinen, setzten sie eine Referendumsbewegung gegen diesen Erziehungssekretär in Szene und brachten auch gegen 180,000 Unterschriften zusammen, während 30,000 schon genügen, um eine Volksabstimmung herbeizuführen. Von was für Motiven die Herren dabei geleitet werden, das hat ein konservatives Blatt in Bern, das „Intelligenzblatt“, nennlich angeplaudert.

Dieses christliche Blatt ist nämlich gegen ein eidgenössisches Schulgesetz, weis es am den Bestand der Privatschulen fähret, ferner Schulen, durch welche nicht nur die katholischen von den reformierten, sondern auch die reichen von den armen Kindern getrennt werden sollen; es sei für den Bürger eben doch gruselig, beschränkt zu müssen, daß sein Kind in der Volksschule neben den Sprößlingen eines Holzhauers oder aber eines gewöhnlichen Fabrikarbeiters zu stehen kommt. So, so, seht der „Grübler“, dem wir diese Mittheilung entnehmen, hinzu, „gruselig! Nun wißt ihr's, Arbeiter, was sie von euch halten, die Führer der hehren Volksbewegung gegen die Schule...“

Und wir konstatieren, daß der christlich-soziale „Reichsbote“ lange Artikel für diese Pfaffen-Agitation geschrieben und der Bekämpfung des eidgenössischen Schulgesetzes mit frommem Augenverbrehen den besten Erfolg vom Himmel herabgehoben hat. Auch im Namen der „Freiheit“. Nämlich der Freiheit, die Kinder verbummen und verkommen zu lassen. Sie sind sich doch überall gleich, diese Priester der christlichen Liebe!

— Oesterreich-Ungarn. Die neueste Nummer unseres Wiener Brüderringers „Wahrheit“ ist mit schwarzem Tranerband erschienen. Derselbe gilt dem Genossen Emil Kaser-Reintbal, von dem unsere Freunde auf Grund eines Briefes, den er an einen derselben geschrieben, schließen mußten, daß er sich selbst das Leben genommen. Nach einer Mittheilung der „N. Freien Presse“ schreit diese Kanne glücklicherweise eine irrige zu sein und das spurlose Verschwinden Kaser-Reintbals seit dem 26. September in der Verhaftung desselben seine Erklärung zu finden.

Wie dem auch sei, soviel ist sicher, daß der hochbegabte Genosse daran war, sich das Leben zu nehmen, ein Entschluß der auf Konto der österreichischen Polizei und der Wiener Anarchisten zu setzen ist. Durch maßlose Verfolgungen, langjährige Haft und allerlei kleinliche Maßregeln hat die Habeburgische Polizei es verstanden, die Energie des einst so feurigen Jünglings zu lähmen, und was die Polizei ihm nicht rauben konnte, den Trost im Schafte für seine Partei, das räumte ihm jene Schule der Schreier und Verblünder, die sich „die der einzig wahren Revolutionäre“ nennt. Kasers Erklärung, die wir in Nr. 33 abdrucken, hatte ihm den Haß dieser Gesellschaft zugezogen: in der letzten Nummer der „Zukunft“ beschimpfen sie den Mann, der für die Sache unserer Partei Jahre hindurch die größten Entbehrungen erduldet hatte, in ihrer gewohnten Manier, und das scheint ihm den Entschluß, sich das Leben zu nehmen, leichter gemacht zu haben.

„Ich scheide mit dem sicheren Bewußtsein“, schreibt er in dem Brief, von dem er annahm, daß er erst nach seinem Tode in die Hände unserer Genossen gelangen würde, „in Bezug auf die Partei nichts gethan zu haben, was mit meinen Grundansichten in Widerspruch steht — nicht ich habe meine Ideen verrathen, sondern diejenigen, welche heute in der Partei dominieren, haben die heilige Sache der Befreiung der Menschen von materieller und geistlicher Knechtschaft verlassen und sich in eine ideenlose, von den gemeinsten Instinkten beherrschte Bande von seligen Verschwehern verwanbelt. Das ist damit für die Armen und Elenden erzielten werden, wird die Zukunft lehren, und ich preise mich glücklich, nichts mehr von den Schandthaten zu erleben, die von Irregeleiteten angeblich im Namen des Sozialismus vorausgesetzt begangen werden.“

„Weil ich von der jetzt empöbsten Taktik nichts Gutes erwarte, weil ich nur für den Sozialismus, der Wissenschaft und Menschenliebe verkündet, zu kämpfen bereit bin, aber nichts mit einem Verbrechertum zu thun haben will, das das Licht der Oeffentlichkeit scheut, vor der Welt frech verleugnet, was es im Dunkeln und unter dem sichern Schutz des Abjels als neues Evangelium predigt, weil ich eine Taktik verurtheile und verabscheue, die herlos und grausam Hunderte von armen verführten Arbeitern dem Arme der Justiz überliefert, darum habe ich mich von der Agitation losgesagt.“

Wenn andere ihre Ueberzeugung ändern, sollten sie wenigstens so gerecht sein, diejenigen, welche an dem festhalten, was bisher das gemeinsame Programm der Partei war, zu achten.

„Der Grund, aus dem ich meinem Leben ein Ende mache, ist zwar ein persönlicher, über den ich schweigen will und muß, aber daß auch Jene, die mich in der letzten Zeit mit giftigem Haß verfolgten, ihren Theil dazu beigetragen haben, meine Verbitterung zu steigern und meinen Entschluß zu stärken, leugne ich nicht. Wenn der erste Erfolg der Sozialrevolutionäre in Oesterreich das Werfallinger-Attentat war, so mögen sie mein Ende als ihr zweites ansehen.“

„Was ich gefehlt habe, mögen Sie verzeihen, und die Versicherung hinnehmen, daß nicht schlechter Wille, sondern nur Schwäche mich irre geleitet hat. Denjenigen aber, die mich als Abtrünnigen hassen, und die nur durch die allgemeine Hege verführt wurden, wünsche ich aus

aufrichtigem Herzen, daß sie bald wieder zur alten Fahne zurückkehren mögen.“

So Genosse Kaser-Reintbal. Seine Worte verlieren dadurch nichts an Ueberzeugender Kraft, daß die Polizei ihn verdrückt hat, seinen Entschluß auszuführen. Sie werden auch, davon sind wir überzeugt, bei einer großen Anzahl österreichischer Arbeiter auf fruchtbaren Boden fallen. —

Im Brünner „Volkstfreund“ schreibt Genosse Eduard Zacharias auf den 15. und 16. Oktober einen allgemeinen österreichischen Arbeitertag aus, der in Wien stattfinden und auf dem über ein einheitliches Vorgehen der österreichischen Sozialisten beraten werden soll. Wir wünschen demselben besten Erfolg!

Die Wiener Buchdrucker agitieren eifrig für Abschaffung der Sonntagsarbeit und für Aufbesserung der Löhne. Die „Wahrheit“ versichert sie der vollen Sympathie der allgemeinen Arbeiterschaft, fordert sie aber auf, sich selbst mehr solidarisch mit diesen zu fühlen und Antheil zu nehmen am Kampf der Arbeiter um ihre politischen Rechte.

Aus Leipzig schreibt man dem „Volkstfreund“ folgendes russische Polizeihändchen: Im März, als der Streik ausbrechen drohte, wurde Genosse Choura, Bergmann, verhaftet und dem Kreisgericht in Bräy eingeliefert, wofür im Juni gegen ihn verhandelt und er freigesprochen wurde. Man ließ ihn aber nicht frei, sondern schickte ihn nach Prag an's Landesgericht, und dort sitzt er noch heute, während seine Frau mit fünf Kindern sich im größten Elend befindet.

So etwas finden Jung- und Alteschen, liberale wie liberale Deutsche ganz in der Ordnung. Sich um Volkrechte zu kümmern, dazu hat die Gesellschaft keine Zeit, sie muß ja den heiligen Kampf um Volkunterdrückungsvorrechte führen!

Franz Joseph hat sich dreifach schlagen lassen und die famose Taaffe'sche Wahlreform unterschrieben. Diese behalt das Wahlrecht auf die Hundstufen-Rämmer aus, d. h. die Handwerker und Kleinrentner, die, soweit sie nicht mit den Arbeitern gehen, meist noch reaktionärer sind als die Großbourgeois. Ein schöner Fortschritt!

— Belgien. Ueber die Agitationsreise unseres Genossen Sollmar in Belgien haben wir versprochenemmaßen noch Einiges nachzutragen. Diese Reise wurde nicht nur auf Verlangen der dortigen deutschen Genossen, sondern auch hauptsächlich auf Wunsch des Bundesauschusses der wallonischen Arbeiterorganisationen zu Lüttich unternommen. Der Hauptzweck des Festes (zu welchem u. A. auch deutsche Genossen aus Serviers, Serrain und dem Rheinstand gekommen waren) war, — neben der agitatorisch-propagandistischen Wirkung — Anregung zu geben zur Vereinigung der zahlreichen, aber meist unter sich zusammenhangslosen sozialistischen Vereinigungen aller Art in eine feste Parteigliederung. Demersprechend und nach dem ausdrücklichen Wunsch des Ausschusses bewegte sich auch die (in französischer Sprache gehaltene) Rede Sollmar's auf dem Reeting in Lüttich vorzugsweise auf dem organisatorischen und taktischen Gebiet, wobei namentlich die Erfahrungen der deutschen Sozialdemokratie in dieser Beziehung zur Erörterung kamen. Am Tage nach dem Fest besprach sich Sollmar mit dem Ausschuss eingehender über die erwähnten Fragen und wie die — guten und schlechten — Erfahrungen unserer Partei für die belgische Bruderpartei nutzbar gemacht werden könnten. Die belgischen Sozialisten werden im nächsten Frühjahr — fast zu gleicher Zeit wie wir — ihren Kongress abhalten, dessen Hauptpunkt eben die Herstellung einer einheitlichen, geschlossenen Parteiorganisation sein wird, und es wird sich dann zeigen, welche Fortschritte dieser Gedanke bis dahin gemacht und ob er namentlich unter den Lütticher und den wallonischen Arbeitern überhaupt an Boden gewonnen haben wird.

Am Montag Abend sprach Sollmar in einer deutschen Versammlung zu Lüttich und am nächsten Tage in einer gleichen in Brüssel. Die deutschen Sozialdemokraten Lüttich's bilden einen wackeren Stamm, von dessen Thätigkeit zu hoffen steht, daß er unter der zahlreichen deutschen Bevölkerung der Stadt stetige Fortschritte machen wird. Die Brüsseler Versammlung fand in größter Oeffentlichkeit statt und war sehr zahlreich, auch von Belgiern, besetzt. Auch einige deutsche Genossen aus Antwerpen waren erschienen und suchten Sollmar zu bestimmen, auch in ihrer Stadt zu sprechen. Leider mußte aber B. für diesmal wegen Zeitmangel ablehnen, versprach aber später zu kommen.

Von den flämischen Genossen eingeladen sprach Sollmar zuletzt noch in Gent. Unser Genosse Parteiorgan, die treffliche „Toekomst“, berichtet ausführlich über die trotz der eiligen Einladung zahlreich besuchte und prächtig verlaufene Versammlung, sowie über Sollmar's Rede und knüpft daran den Wunsch, daß auch der von den dortigen Genossen hochgehaltene Vebei einmal nach Gent kommen möchte. Die Genossen haben eine bewährte Parteischulung und Organisation und wäre nur zu wünschen, daß dieselben von den wallonischen Genossen zu im Maßer genommen würden. Vornehmlich die Weber haben eine starke Organisation, durch die sie den ausbeutungslustigen Fabrikanten mit manchem Erfolg Jäger ansetzen. Eine weitere interessante Einrichtung sind die von Sozialisten gegründeten und größtentheils in ihren Händen befindlichen Wäferei-Genossenschaften, über welche wir den Genossen in Bälde Eingehenderes berichten werden.

Im letzten Augenblicke vor der Abreise statete die Polizei unserm Genossen einen Besuch ab, der indessen keine weiteren Folgen hatte und wohl nur dem Ueberreifer der Lokalbehörde zumuthen sollte. Im Uebrigen ist Sollmar (im Gegensatz zu früheren Fällen) ganz unbedrängt geblieben, von der üblichen „geheimen“ Ueberwachung natürlich abgesehen.

Diese Agitationsreise hat auf's Neue Gelegenheit zum Austausch der herzlichsten Sympathiebeziehungen zwischen den deutschen und belgischen Sozialisten gegeben und dadurch zur Förderung des großen Gedankens der internationalen Vereinigung aller Arbeiter beigetragen. Unsern Dank den belgischen Genossen für ihre gegen die deutsche Sozialdemokratie an Tag gelegten brüderlichen Gesinnungen.

— Italien. Aus allen Theilen Italiens laufen erfreuliche Berichte ein über die Propaganda der italienischen Sozialisten zu den bevorstehenden Wahlen. Selbst die bisher fanatischsten Anarchisten erklären sich Einer nach dem Andern für die Theilnahme am Wahlkampf. Wenn auch das positive Resultat nicht so günstig ausfallen sollte, wie unsere Genossen vielleicht erwarten, da ja noch immer das Wahlrecht an einen gewissen Jenseit geknüpft ist, so steht doch schon jetzt fest, daß die bloße Wahlagitation der Ausbreitung unserer Grundsätze vortreffliche Dienste leistet. Die Versammlungen zur Besprechung der Wahlen erlenen sich lebhaftester Theilnahme, und die Ausführungen der sozialdemokratischen Redner fallen auf guten Boden. Unter den Kandidaten der Sozialisten begeben wir von bekannteren Persönlichkeiten Barbanti, Cipriani (Protestantkandidatur), Colojani, Costa und Gambuyi.

— England. Wegen angeblicher Theilnahme an der Ermordung des Spioness Freiß wurden von den Gesinnungsgenossen desselben zwei Revolutionäre, Namens Ragonny und Jewosejew zum Tode durch den Strang, zwei weitere, Chochlow und Kusjunktin, zu Zwangsarbeit, ersterer auf unbestimmte Zeit, d. h. auf Lebenszeit, letztere zu 15 Jahren verurtheilt. Der „milde“ Jar hat „Gnade“ abzuwarten lassen und die Urtheile auf direkte Hinrichtung in lebenslängliche Zwangsarbeit, d. h. langsame Hinmordung abgeändert. Vier Menschenleben wegen eines Spioness vernichtet! Der Schuft wurde theuer bezahlt.

Korrespondenzen.

— Aus Westfalen. Etwas aus der mechanischen Bau-Fabrikerei Deynhaußen. Von verschiedenen Seiten laufen an unser Parteiorgan Berichte über Arbeitsverhältnisse, resp. Arbeitslöhne

ein; die hiesigen Genossen sehen es als Pflicht an, auch von hier einige interessante Einzelheiten mitzutheilen.

Der Arbeitslohn für Tischler beträgt bei 12 1/2 stündiger Arbeitszeit pro Tag Mt. 2.00-2.30, ein Lohn, womit man zur Noth noch auskommen könnte, wenn man ihn verdient; aber leider ist der Lohn nur die Verdienste; die Arbeit wird nämlich nicht im Lohn, sondern im Akkord gemacht, und da ist es durchaus kein Wunder, wenn man in 8-10 Wochen die Kleinigkeit von 40 Mark und noch mehr Schulden macht. Daß Familienväter bei der Abrechnung mit 6 M. Vorschuss, resp. Kostgeld nach Hause geschickt werden, ist schon an und für sich empörend, aber gar in 10 Wochen 40 Mark Schulden zu „erwerben“, das ist denn doch eine Zumuthung, bei der wir unwillkürlich die Fäustel ballen müssen!

Im Juli d. J. wurde den sämtlichen Akkordarbeitern der mechanischen Bauwerkerei Demuth durch Fabrikanschlag bekannt gemacht, daß sich jeder von jetzt ab sowohl Werkzeug als Materialien selbst halten müsse. Natürlich wurde uns „gesagt“, daß es dafür entsprechende Zulage geben solle; leider läßt dieselbe aber nicht nur lange auf sich warten (denn sie kommt gar nicht), sondern es ist auch zur Evidenz erwiesen, daß jetzt bei verschiedenen Arbeiten noch bedeutend schlechtere Preise bezahlt werden; dabei werden die Arbeiter nicht einmal von theoretisch gebildeten Leuten kalkuliert, sondern von Fachleuten, welche in den letzten Jahren halb so viel verdienten wie jeder mittelmäßige Arbeiter.

Ferner ist es hier Gebrauch, daß nach Feierabend gearbeitet werden muß, und daß demjenigen, welcher sich dieser Anordnung nicht fügt, bei der Wohnung 25 Pfg. abgezogen werden. Ja, die Willkür der betreffenden Herren geht sogar soweit, daß sie einigen Arbeitern 25 Pfg. abgezogen haben, weil dieselben trotz des gegebenen Verdicts sich weigerten Sonntags zu arbeiten. Wer um Zulage nachsucht, wird zum Handwerker degradiert.

Daß junge Leute unter 16 Jahren von Morgens 8 Uhr bis Abends 8 oder 9 Uhr bei 1 1/2 Stunden Pause arbeiten, ist hier so gang und gäbe, daß schon kein Mensch mehr daran Anstoß nimmt.

Daß die Herren Arbeitgeber, welche, nebenein gesagt, sich rühmen, gute Liberale zu sein, unsere Sache nur überden, geht zur Genüge aus dem stetigen Wachstum der Abonnentenzahl unseres Parteiorgans hervor.

Kur zu! Der Bogen kann nur solange straffer gespannt werden, bis er bricht!

Ugs.

NB. Die Wahrheit des Obengesagten kann von sämtlichen hiesigen Genossen mit reinem Gewissen bestätigt werden.

Aus Oberschlesien. Die Arbeit in *** war jetzt nur noch Schinderei, Tag und Nacht drei Gänge versehen und für zwei Gänge auf- und abladen, in der Woche pro Tag 18 Stunden und Sonntags 24 Stunden; und dazu sind Sonntags bloß halb soviel der Arbeitskräfte als in der Woche thätig, weil wir alle 14 Tage einen Sonntag haben, damit wir auch in die Kirche gehen können, um da von den Pfaffen oder schwarzen Gen darmen angelesen oder beschwänzelt zu werden. Diese schwarze Bande sitzt hier wie die Finke im Hauf. Ihre Anhänger, die sich als die Generalspäher der Tugend aufstellen, zehren über die Verkommenheit der Welt und können ein armes Dienstmädchen, das sich von irgend einem vollkommenen Kerl betrunken läßt, nicht genug beschimpfen; sie aber unterhalten alle hinter dem Rücken ihrer Frauen Liebesverhältnisse mit den Dienstmädchen und laufen des Nachts unter den Kammerfenstern umher. Die Pfaffen hier haben alle wohlgenährte Wirthein, und wenn ja einmal einer eine Ausnahme macht, so sucht man sich anderweitig zu entschuldigen, wie dies der Tugendheld Oldrich in Bielau bei Reife thut, einer der würdevollsten Pfaffen in hiesiger Gegend. Ich könnte Ihnen eine recht schöne Liste aufzählen von „frommen“ Seelen, die alle in die Vorzimmer des Scheitels Wurm passen. Aber die Masse ist hier so gedehnt, daß sie sich Alles bieten läßt. Sie würden staunen, wenn Sie die Menge sehen könnten, die alle Jahre nach Martha und Albin Dorf wallfahrten. Es ist entsetzlich, die armen Leute hier zu einem Gott beten zu sehen, den sie eigentlich haßten und verabscheuen müßten, da er die schrecklichsten Ungerechtigkeiten sich vollziehen läßt.

Gera, im September. Wenn es auch wahr ist, daß das Sozialisten-Vertilgungsgesetz, jene verhängnisvolle legislative Verirrung des Herrschermohns unserer kaiserlichen Bourgeoisie, der Arbeiterpartei den nicht zu unterschätzenden Vortheil gebracht hat, daß die schlechten und schwachen Elemente, ein Schwarm nichtszähliger Schreier, als lästiges Anhängel im Kampfe sich bald absonderten, weil sie, die veränderte Situation nicht begreifend, an das Ausbleiben des Kampfes glaubend oder die Gefahr fürchten, es vorzogen, wie die Klatten das sinkende Schiff zu verlassen, so ist es doch nicht minder wahr, daß hier und da einzelne Leute, welche sich von früher her eines gewissen Ansehens unter den Genossen zu erfreuen hatten, es verstanden haben, unter dem Schutze des Ausnahmegesetzes ihre Gesinnungslosigkeit Jahre lang zu verbergen und heimlich das Vertrauen der Genossen nach zu halten. Freilich werden auch sie mit der Zeit entlarvt, und das gelingt um so sicherer, weil sie sofort, wenn sie das Mißtrauen folgenschneller Heranziehender sehen, sich durch ihr ungeberdiges, prinzipwidriges Strampeln und Stränden selbst vertragen.

Ein Prachtexemplar dieser Spezies besitzt nun Gera in dem Redakteur des hier seit langen Jahren, früher unter anderem Titel, erscheinenden „ Beobachter“, Schuhmacher Karl Brätter. Das Blatt hat zwar schon seit Längem Zeiten nichts weniger wie Sozialismus gelehrt, sein nächstes Ziel war vielmehr immer nur das Fortemponieren der Genossen, um den edlen Redakteur der Ruhe des Schindludens zu überheben. Mit Anbruch der Sozialistengesetz-Ära machte natürlich die Mißere auch vor der Redaktionschwelle des „Beobachter“ nicht Halt. Weil es sich aber für einen landtagsabgeordneten des Reichslandes nicht ziemt, sich den Schusterhämmer zu drücken, so mußten immer und immer wieder die Genossen, opferbereit wie sie sind, sobald sie ihrer Sache zu nützen vermögen, mit Geld herhalten, um das Kneip- und Schlemmerleben eines Menschen möglich zu machen, der heute, nachdem man ihm noch so vielen trübten Erfahrungen zu versehen gegeben, daß der Beitel nun endlich aufzuhören habe, offen als Betrüger auftritt.

Zwei Vorkommnisse dieser Art aus der neuesten Zeit kennzeichnen ihn hinlänglich und zeigen, wer der wirkliche „advocatus diaboli“ ist. Während der letzten Reichstagswahlperiode figurirte Brätter als Kandidat der Arbeiterpartei im hiesigen Wahlkreis. Während nun die Genossen wahrhaft erschütternde Anstrengungen machten, die Konkurrenz mit dem übermächtigen Gegner zu beschneiden, verschickte der Herr Kandidat in Saumseligkeit die beste Zeit und verlor zum hundertsten Male sein gemöhnliches Intriguenspiel, d. h. inmitten des Kampfes und kurz vor der Wahl drohte er mit Niederlegung seiner Kandidatur, wenn man ihm noch lange Schmähreden machen wolle. Und da die Sache wieder leidlich gut abging, glaubte er den Genossen eine Zumuthung stellen zu dürfen, die jedoch auch den langmüthigen Geraern zu hart war. Der Lagerist von altschönen demokratischen Vresen und Kumpanjerdiebstahl, der hiebere Schrappe in Zwickau, hatte unmittelbar vor der Wahl, geküßt auf eine gewisse geschäftsverwandte Protektion, gleichviel ob mit oder ohne dessen Vorwissen, in der „Frankfurter Zeitung“ die maßlose Behauptung aufgestellt, Brätter sei in Wirklichkeit der Kandidat der bürgerlichen Demokraten Gera.

Diese Art Leute kennt man hier nur aus der Ferne, und unsere Genossen, deren Geldmittel für die Kandidatur einzig zur Verfügung standen, verlangten natürlich eine Richtigstellung in der Frankfurter sowohl wie in der hiesigen Zeitung. Diesem billigen Verslangen widerlegte sich jedoch der „ihener“ Kandidat mit Eifer und protestirte mit lächerlicher Entrüstung gegen die „Distanz“ Behauptung, der in Wirklichkeit bei dieser Sache ganz unbedeutend war. Solcher elenden Haltung gegenüber beschloßen selbstverständlich die Genossen, daß dieser Arbeiter-Kandidat seine Rolle zum letzten Male gespielt haben sollte.

Da Herr Brätter nun aber wohl ahnte, daß ihm dieser Vorgang den Betrag einer ganzen Anzahl von Abonnenten eintragen würde, begann er wieder sein Intriguenspiel, indem er mit den Gegnern und Spitzgütern liebäugelte und die Genossen bei mehreren Gelegenheiten offen angriff. Bei alledem gelang ihm jedoch das ungewöhnliche, nur unter der jetzigen Regierungsjahr mögliche Genießlich, die Genossen noch einmal um 40 M. zu brandstehlen. Die Letzteren bedauern jetzt ihre Schwäche, Herr Brätter lächelt aber froh, wie nie zuvor, denn die Frankfurter Demokraten haben obendrein seine Blatthändeln in Zwickau bezahlt, so daß er seinen bankrotten „Beobachter“ neu gründen konnte. Gestern seinen Fußern in der Noth, agitirt jetzt der „Beobachter“ mit jüdischer Offenheit für die Fabrikanten.

In Weitz und Umgebung haben die Weber aller Fabriken die Arbeit eingestellt, weil sie endlich müde sind, sie die erbärmlichsten Löhne schwere

und kunstfertige Arbeiten zu liefern. Die hiesige, nach Tausenden zählende, ebenso schwer bedrückte Weberbevölkerung frönte nun zu einer großen Versammlung zusammen, um ihren Brüdern in Weitz ihre Sympathie und die Versicherung thätigster Unterstützung auszubringen. Die Versammlung verlief mit so glänzendem Erfolge, wie die Greizer Lohnbewegung selber, so daß man glauben konnte, kleinlichen Nörglern und geschäftigen Gegnern sei gründlich die Luft zum Handwerk verborben worden. Während es auch thätiglich von seiner Seite versucht wurde, die gerechten Behauptungen der Weber anzusehen, schwingt sich der „Sozialist“ Brätter auf seine erhabene Höhe und eröffnet den Freizug. „Das Streikenschieber hält wieder einmal seinen Rundgang“ — beginnt er sein Raubermessel in Nr. 87 und schulmeisterlich ganz unbesonnen gegen die Arrangements der Versammlung, die nur zu Unterzwecken für Weitz einberufen worden war und von einem eventuellen Streik in Gera gar nichts erwähnt oder beschlossen hatte, „daß sie sich der Tragweite ihrer Handlungen gar nicht bewußt seien, sonst würden sie mit dem Streik erst im Frühjahr vorgehen.“

Herr Brätter begrüßt nun zwar großmüthig jede Verbesserung der Arbeitslöhne als selbstverständlich — wie alle Gegner auch — erklärt aber, da die Weberlöhne in Gera wohl gütig (?) gegen die in Weitz stehen, daß ein Streik „ein zweischneidiges Schwert sei, welches am Schwersten den verwundeten, welcher es führt.“ Hier handelt es sich gar nicht um einen Streik, und jenes zweischneidige Schwert führt gerade Herr Brätter, der seine schwere Verwundung durch solches Vorgehen nur den Augen der Welt zu verbergen sucht. „Dieses gilt vorzüglich von planlosen Streikern — scharfgeigt er das Papier weiter — und ein solcher ist jeder, welcher keine gewissen Unterzwecken hinter sich hat.“ Der eble Kampfenosse denkt hier nämlich an jene gefällten Unterzweckenlassen von 1878, nach denen er sich juristisch, wie nach den Fleischtopfen Egyptens.

Um den Unsum Komplet zu machen, citirt er dann einen Artikel aus dem „Neuen Sozialdemokrat“ vom 12. Februar 1873, welcher die Arbeiter vor unüberlegtem Streik warnt. Der Artikel paßt erstens wieder gar nicht zu den Angelegenheiten der jetzigen Versammlung und zweitens herrscht jetzt nirgends das epidemische Streikfever von damals, wo es sich mithin darum handelte, die verfügbaren Kräfte strategisch zu vertheilen, wovon Brätter freilich nichts begreifen kann. Die Greizer Weber sind wohl fast die einzigen Streikenden in Deutschland, also von einer übermäßigen Anspannung der Unterzweckenfähigkeit der Arbeiter kann gar keine Rede sein. Wie aus dem Titel selbst hervorgeht, hat der „N. S. D.“ damals den Arbeitern eine beherzigenswerthe Warnung erteilt, wie es sich für ihn geziemt.

Was thut aber Brätter? „So dieses Blatt im Jahre 1873“, sagt er fortwährend, und schimpft dann auf die Einberufer der Versammlung, erklärt einen planlosen Putz, die Einberufer für „Verschuldeten, welche haare jeder nationalökonomischen und volkswirtschaftlichen Einsicht (wie heißt?) sich keineswegs aus warmem Herzen für ihre Mitarbeiter, sondern nur gedrängt durch jene gräßliche Eitelkeit, die Sucht in sich verfahren, eine Rolle zu spielen, als Anwalt der Arbeiter anzuspinnen, während sie in solchen Fällen nur advocatus diaboli sind, von denen der Arbeiter beim Morgenschlafe (Zichorienbrühe, Herr Brätter!) beten könne: „Der Himmel bewahre mich vor meinen Freunden, mit meinen Fabrikanten will ich schon selbst fertig werden!“

Nun kommt noch eine Reihe des berühmten Raubermessel, welches ihm bei den Gegnern, die seinen Größenwahn nähren, um ihn unschädlich zu machen, längst die Rolle des Schoßkundes eingetragen hat, und in dem er die „geführten Arbeiter“ als die „Angeführten“ hinstellt und dann väterlich schließt: „Sind Mißstände in den Arbeitsverhältnissen vorhanden, so suche das Arbeitspersonal der betreffenden Fabrik diese in Vereinbarung mit dem betreffenden Besitzer zu regeln, und wir sind wenigstens von dem größeren Theil derselben überzeugt, daß sie berechtigten (!) und begründeten Beschwerden ihrer Arbeiter Abhilfe schaffen werden, wenigstens ist dieses auf bejähliche Vorstellungen hin schon des Oefteren geschehen. Dieses wird bei allen auftauchenden Differenzen wohl immer das beste Rezept sein.“

Das ist das Rezept Brätters für die armen gedrückten, schon hundertmal getäuschten Arbeiter. Wenn nun Brätter gegen Mißstände gewährt worden wäre, wären die Arbeiter nicht unter die Traufe gekommen? Diese Hegeversuche der Arbeiter gegen Arbeiter neben dem abgehenden Harmoniegedusel mozt er Arbeitern zu empfehlen, die gegenüber den fast durchgängig übertrieben hochmüthigen Fabrikanten Geras schon massenhaft Erfahrungen in Sachen der Harmonie gemacht haben. Doch genug. Die Leser haben hier Lüste, sie mögen sich selbst ein Bild von diesem „Gewissen“ machen. Hat er hier behauptet Arbeit geliefert, oder ist der Mensch vom vielen Kneipen dem Delirium verfallen? oder hat ihn der Haß gegen einige der Leiter, mit denen er seit Langem in Feindschaft lebt, bei seiner schamlosen Schreiberlei geleitet?

Das sind die Drohnen in unserem arbeitvollem Dasein. Wir beten nicht um Schutz gegen sie, sie thun sich selber ab, andernfalls hat die urkräftige Sozialdemokratie das Zeug, sich ihrer zu entledigen.

Greiz, 4. Oktober. Heute wurde in sämtlichen 26 mechanischen Weberereien von ungefähr 4000 Webern die Arbeit eingestellt aus Grund eines Normal-Lohntarifs, welcher von den Arbeitern aufgestellt und den Arbeitgebern zur Annahme vorgelegt wurde, und durch welchen Lohngleichheit und zugleich Lohnherabsetzung in sämtlichen Fabriken erreicht werden soll. Wir ersuchen die Genossen aus Nah und Fern, den Zugzug fernzuhalten und uns, wenn möglich, in finanzieller Beziehung zu unterstützen. Bei Mangel an Adressen wende man sich an das Parteiorgan. Wenn aus der Sieg werden soll, ist schnelle Hilfe geboten. Ausführlicher Bericht folgt später.

Mwf.

Verichtigung.

Mit Bezug auf die in Nr. 32 veröffentlichte Warnung vor dem Schlosser Fritz Bräcki schreiben uns die Berliner Genossen, daß W. die betr. Ausgewiesenen gar nicht habe denunziren können, da er nur zwei derselben gekannt habe, und zwar gerade diejenigen, welche auch weiteren Kreisen als eifrige und thätige Anfänger unserer Partei bekannt waren, bei denen es also einer Denunziation gar nicht bedurfte, um ihnen ein Wadaisches Formular auf den Hals zu laden. Der Verdacht gegen W. sei in dieser Beziehung nicht gerechtfertigt.

Wir Veröffentlichung diese Verichtigung gern und fügen hinzu, daß wir die Einberufer der betr. Warnung ersucht haben, uns mitzutheilen, worauf sie ihren Verdacht gegen W. begründeten. Ferner sehen wir uns bei dieser Gelegenheit genöthigt, unsere Genossen zu ersuchen, mit der Ausschreibung derartiger Warnungen doch ja recht vorsichtig zu sein; wir können von hier aus keine Untersuchung über die Berechtigung derselben anstellen, sondern sind darauf angewiesen, dabingehende Einwendungen, soweit sie von den Vertrauensleuten der betr. Orte eingesandt werden, sofort im Parteiorgan zu veröffentlichen.

Also Vorsicht beim Vertrauen schenken, aber auch Vorsicht beim Vertrauen entgegen!

Die Redaktion des „Sozialdemokrat“.

Warnung.

Die Parteigenossen werden hiermit vor nachstehenden Personen gewarnt:

- Joseph Roaf, Schneider,
- Christian Schmidt, Schuhmacher,
- Franz Böck, Schneider,
- Gebrüder Haller, Schirmmacher,
- Theodor Schäfer, Schuhmacher.

Dieselben haben während der Zeit, wo sie Mitglieder unseres Vereins waren, durch Betrug, Unterschlagung und Schwindel den Verein geschädigt. Die Genossen in anderen Vereinen mögen daher vor diesen Verräthern auf der Hut sein, damit dieselben nicht anderswo ihre Schwindelacten fortsetzen.

London W., 3. Oktober 1882.
Im Auftrag des Kom. Arb.-Bild.-Verein,
49 Tottenham Street, Tottenham Court Road:
Der Sekretär G. P. m. f.

Briefkasten

der Expedition. Cooperator Gd.: Folgen 5. Separatgeliefertes gratis. — Ferd.: Bf. v. 6. u. 10. hier. Alles besorgt. — K. S. Paris: 4 Adr. geändert. Ars. Bf. geht weiter. — G. P. Paris: Bf. 31, 33 u. 38 enth. bezügl. Cuitiga. Wunsch geeigneter Ortes notifizirt. Beil. besorgt. Betr. — r sind wir nicht unterrichtet, auch ohne Adr. an Bg. Sonstiges beachtet. Grüße! — (-): Bf. 3, 40 Ab. 4. Ou. erh. 38 beachte Weiteres. — Der getreue M.: Nr. 6., — Ab. 4. Ou. erh. Bescheid steht soweit „Stiebers seel. Erben“ nicht dreipfündchen. Beigabe besorgt. — Hl. Amsterdam: Fr. 2, 50 Ab. 4. Ou. erh. Antwort auf P.-R. noch immer nicht. — L. Wittich: Fr. 25., — Ab. Juni — Ende August eingetr. Bericht über „Angebotenes“ erwartet. Noiz nicht verständlich. — G. B. J.: Fr. 37., — Ab. Okt. u. Schft. erh. Bg. mit 11 fort. — Df. Schft. Wittich: Fr. 20., — d. Ufss. bld. jugen. — Vols. Post: Fr. 17, 50 zum Ausgl. benüht. — O. M. Hall.: Mt. 7, 50 Ab. 4. Ou. u. Schft. erh. Bg. fort. Grüße erwidert. — Zürich: Fr. —, 40 d. Ufss. bld. einverleibt — Gl. E.: Fr. —, 40 Bdotgr. erh. — Oshag: Mt. 15., — d. Ufss. bld. jugen. — Der rote Lichtstrahl: Unsere Wünsche und Bestrebungen bezeugen sich. Besprochenes baldig erwartet. Gruß! — Stockholm: Fr. 55., — f. Schft. erh. „Stredm. Arb.-Dichtung“ leider vergriffen. — S. G. Montreux: Fr. 2., — Ab. 4. Ou. erh. Adr. geordnet. — G. Hgr. Zürich: Fr. 2., — Ab. 4. Ou. erh. — G. R. E.: Mt. 3., — Ab. 4. Ou. erh. — G. P. Hfde.: Mt. 3., — Ab. 4. Ou. erh. — Gato: Mt. 20., — u. Mt. 10., — f. E. eingetr. Bf. Weiteres. — J. G. H. B.: Mt. 15, 50 f. Ab. 4. Ou. u. Schft. Ansgleich verwendet. Wir sind streng dahinter her, allein der „Unschleibare“ sht leider noch immer in Rom. — D. Borm. Jammertal: Fr. 21, 50 Ab. 4. Ou. u. Schft. erh. Bg. mit 42. — R. D. Bg. d. Fr. 10, 57 erh. Haben Sie Fr. 1, 67 pr. 1. Ou. 83 gut. — Kantabak: Mt. 30., — pr. 3. Ou. verrechnet. — Otto: Mt. 242., — à Cto. verrechnet. — Georg: Mt. 50., — für Schft. verrechnet. — S. E. Lu. Danos-Plag: Fr. —, 75 Ab. Sept. erh. — Roland: Mt. 50., — à Cto. Ab. gutgeh. Bf. erwartet. — P. G. Chicago: Fr. 5, 06 (1 Doll.) f. Schft. x. erh. Bf. Weiteres. — J. G. Osten: Fr. —, 50 d. Kgfs. bld. jugen. — Gebr. Hmgds. St. Louis: Fr. 101, 25 (20 Doll.) à Cto. erh. — Catilina: Fr. 5, 55 Ab. 4. Ou. Schft. u. Poigr. erh. — A. Emm. Bg.: Fr. 2., — Ab. 4. Ou. erh. — R. Bormser: Nachrichten v. 8/10 bld. benüht. — Stuttgart: Rother Gaigel bei Dummer: Mt. 4, 20 d. Ufss. bld. jugen. — Th. B. Glasgow: Mt. 26., — Ab. 4. Ou. erh. Gruß! — G. J. R. B. b. C.: Mt. 3., — Ab. 3. Ou. erh. — Reichsmaulwurf J.: Fr. 19, 05 nach Vorschr. verwendet. Bf. mehr. — M. J. Paris: Fr. 50., — Cto. B. eingetroffen. — Ficus von Benedig: Fr. 4., — Ab. 4. Ou. erh. — G. R. Rbf.: Mt. 6., — Ab. 4. Ou. erh. Bf. folgt. — Verlagsmagaz. J.: Fr. 3, 10 f. Schft. erh. — O. P. P.: Mt. 3, 80 Ab. 2. Ou. u. Schft. erh. Bg. abgg. mit 42. — Von 7 armen Schindlern: Mt. 2., — d. Ufss. bld. jugen. — J. B. Wuerz: Fr. 2., — Ab. 4. Ou. u. Fr. 1., — pr. Ufss. bld. erh. — J. Rbf. Dfstr.: Fr. 9, 50 Ab. 3 Epl. 4. Ou. erh. — J. Strauß N.-York: Fr. 75, 95 à Cto. Ab. eingetr. — A. Hine. N.-York: Fr. 141, 77 (28 Doll.) à Cto. Ab. x. P.-R. freuzten sch. Gewissantes folgt. — Karl Haupt Indianapolis: Fr. 10, 13 (2 Doll.) d. Kgfs. bld. jugen. — G. Shum. Cincinnati: P.-R. v. 27/9 hier. Besllg folgt. — Peter: Mt. 15., — Ab. Sept. erh. Weiteres erwartet.

Der in Nr. 39 angekündigte „Florion“ hantirt unter Eduard Meyer. Wir bitten dies richtig zu stellen.
Zug, 9. Oktober 1882.

Anzeigen.

Sieben ist erschienen und durch die Unterzeichnete zu beziehen:
I. Flaggschrift der auswärtigen Propaganda.

Aufhebung des Sozialistengesetzes?
Ein Wort zur Taktik der deutschen Sozialdemokratie.
Von Surtur.
1 Bogen Oktav. Preis: Einzel 5 Cts. Hundert Epl. 2 Fr.
Bestellungen nimmt entgegen
Die Volksbuchhandlung Hollingen-Zürich.

Taschen-Chiffirapparate.

Schieber, schnell und sicher nach dem System „Stiebers Verdruff“ arbeitend, sind, soweit der Vorrath reicht, für 40 Pfg. durch die Expedition des „Sozialdemokrat“ zu beziehen.

Gesuch.

Ein alter Parteigenosse braucht zur Erweiterung seines Geschäftes dringend 400 Mark, für welches Darlehen er durch notarielle Verpfändung seiner Möbel vollen Sicherheit geben wird. Dieselben sind mit Mk. 600. — in der Brandversicherung taxirt.
Näheres durch die Expedition des „Sozialdemokrat“.

Zürich, Samstag, den 14. Oct., Abends 8 Uhr, im Café Kessler, Stüsslihofstatt

Geschlossene Versammlung der deutschen Sozialisten.

Da sehr wichtige Parteianglegenheiten zur Verhandlung kommen, sind die Parteigenossen aufgefordert, sämtlich zu erscheinen.
Jedes Mitglied ist verpflichtet, die Mitgliedskarte vorzuzeigen. Ohne diese kein Eintritt gestattet.
Der Lokalausschuss der deutschen Sozialisten.

Zur Beachtung!

New-York Arbeiter-Fortbildungsverein
Derselbe versammelt sich jeden Montag in Jean Grosz's Hamburger Hall 176 Ost 3. Street.
1.00] (2) Der Vorstand.

Unsern Abonnenten in der Schweiz

zur gef. Kenntniss, daß wir diejenigen bisherigen Abonnenten, welche die Annahme unseres Blattes seit Beginn dieses Quartals nicht ablehnten, auch für das laufende Quartal als Abonnenten vortragen und Nachnahme mit Nr. 43 erheben werden, sofern bis zum 15. ds. M. die betreffenden Abonnementsbeträge nicht eingesandt wurden.

Die Expedition des „Sozialdemokrat“.

Schweizerische General-Anzeiger-Verlagsanstalt Hollingen-Zürich.